



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Rede

der Bundesministerin für Bildung und Forschung,

Dr. Annette Schavan, MdB,

zur

**Lage am Ausbildungsmarkt – Ausbildungspakt als Chance für
Unternehmen, junge Menschen und den Arbeitsmarkt**

anlässlich der Aktuellen Stunde

im Deutschen Bundestag

am 29. Juni 2006

in Berlin

Es gilt das gesprochene Wort!

Herr Präsident!

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Meine Damen und Herren!

Die berufliche Bildung – dazu gehört die Kooperation von Unternehmen und Schule – ist das Herzstück des Bildungssystems in Deutschland und damit die beste Vorbeugung gegen Jugendarbeitslosigkeit. Deshalb wächst das Interesse unserer europäischen Nachbarn an unserem dualen Ausbildungssystem. Unter der Moderation und auf Initiative Deutschlands hat gestern ein Treffen von Vertretern aus sechs europäischen Ländern stattgefunden, in dem Pläne für eine Kooperation und für eine gemeinsame Modernisierung dieses Teils des Bildungssystems besprochen wurden.

Ich finde es richtig, dass sich der Deutsche Bundestag mit diesem Zukunftsthema regelmäßig beschäftigt. Das ist ein Thema auf allen politischen Ebenen und außerdem ein Thema der Tarifpartner. Es geht in diesem Zusammenhang auch um eine zentrale Frage mit Blick auf die Innovationsfähigkeit unserer Unternehmen und die Zukunftschancen der jungen Generation.

Ich nenne die konkreten Schritte, die diese Regierung in den ersten sieben Monaten ihrer Amtszeit gegangen ist:

Erstens: Wir haben mit den ausländischen Unternehmen gesprochen. Wir haben Vereinbarungen über Anreize getroffen und im Gegenzug die Zusage bekommen, dass 10.000 zusätzliche Ausbildungsplätze geschaffen werden. Wir werden in den kommenden Monaten acht Regionalkonferenzen in Deutschland durchführen, in denen wir die ausländischen Unternehmen noch einmal ganz gezielt ansprechen werden. Wir wollen sie an unsere Ausbildungskultur heranführen und ihnen Brücken bauen, damit diese 10.000 neuen Ausbildungsplätze geschaffen werden können. Diese konkrete Aktion wird die Zukunftschancen verbessern.

Zweitens: Wir haben ein neues Bund-Länder-Sonderprogramm zur Förderung von Ausbildungsplätzen in den neuen Bundesländern aufgelegt. Dort haben wir eine ganz besondere Situation. Denn dort ist der klassische Mittelstand, der das Rückgrat der Ausbildung in Deutschland ist, nicht so stark vertreten wie in den alten Bundesländern. Deshalb müssen die neuen Länder und der Bund mehr investieren. Unser Ziel dabei ist, die Schaffung von jährlich insgesamt 13.000 zusätzlichen Ausbildungsplätzen zu ermöglichen.

Drittens: Wir haben dafür gesorgt, dass das Programm „Jobstarter“ – es stellt eine gute Bündelung bisheriger Programme dar – in den nächsten Jahren solide finanziert wird. Ich bin

davon überzeugt, dass das vor allen Dingen mit wichtigen Impulsen für kleinere Unternehmen verbunden ist, die Einstiegsschwierigkeiten haben. Wir brauchen gezielte Einsteigerprogramme. Wir brauchen Möglichkeiten der Begleitung von Ausbildern in kleineren Unternehmen bei der Ausbildung von Jugendlichen.

Viertens: Wir diskutieren nicht nur über sehr konkrete Schritte bei der Modernisierung der beruflichen Bildung. Vielmehr hat die Umsetzung in Form von Neuordnungen an der Nahtstelle zwischen Bildung und Beschäftigung längst begonnen. Wir brauchen dazu andere Kooperationen, andere Angebote an Jugendliche und gezielte, verbindliche Erklärungen. Die Einstiegsqualifikationen, die erworben werden, müssen auch angerechnet werden. Darüber wird nicht nur debattiert. Damit wurde schon begonnen. Die ersten Bundesländer befinden sich bereits in Umsetzungsprozessen. Die ersten Einstiegsqualifikationen sind längst erworben und wurden in die weitergehende Ausbildung der Jugendlichen eingebracht.

Ein ganz wichtiger Punkt ist: Drei Ressorts der Bundesregierung sind mit Teilelementen in diesem großen Feld tätig. Diese drei Ministerien arbeiten intensiv zusammen. Auch das war früher keine Selbstverständlichkeit. Ich habe gelernt, dass das in den letzten Jahren nicht so gut geklappt hat. Dies klappt jetzt zwischen uns. Wir arbeiten nicht nur mit verteilten Rollen, sondern wissen auch, wo wer am besten wirken kann und wo wir uns aufeinander zu bewegen müssen. Das Wirtschaftsministerium und wir, das Bundesministerium für Bildung und Forschung, werden das zum Beispiel bei der Frage der Weiterentwicklung von Ausbildungsberufen tun. Wir müssen wegkommen von immer mehr Spezialisierungen. Wir brauchen ein breiteres Fundament und dann Spezialisierungen.

Wir erarbeiten in den nächsten Wochen ein gemeinsames Konzept zur Frage: Wie schaffen wir die Weiterentwicklung von Einstiegsqualifikationen und zwar so, dass gestufte Ausbildungsgänge möglich werden, bei denen das, was jemand im ersten, zweiten oder dritten Schritt erwirbt, weiter eingebracht werden kann? Das ist eine Modernisierung, die am Ende zu dem führt, was im Koalitionsvertrag steht, nämlich Erstausbildung und Weiterbildung miteinander zu verknüpfen.

Das setzt eine Modularisierung voraus. Da müssen alle mitmachen. Da werden wir uns einig werden. Je mehr wir gemeinsam tun, umso mehr werden uns auch die Tarifpartner bei den Prozessen der Modernisierung folgen.

Ich will noch etwas zu den Regionalagenturen sagen. Jeder von uns besucht sie doch in seinem Wahlkreis. Wir sollten, finde ich, nicht einfach darüber hinweggehen, dass es vor Ort hoch interessante, längst existierende Netzwerke zwischen dem beruflichen Schulwesen, den Unternehmen und den Kammern – zum Teil unter Moderation der Regionalagenturen – gibt. Ich

kenne hoch interessante Ansätze und sehr gute Angebote von Regionalagenturen, um Jugendliche, die Schwierigkeiten haben, die nicht einfach Lesen, Schreiben oder Rechnen betreffen – sie haben ganz andere Schwierigkeiten –, in einer relativ überschaubaren Zeit zur Ausbildungsreife zu bringen und sie damit in eine Ausbildung zu führen.

Ich rate uns: Der ganzen Debatte um Ausbildungsplätze und berufliche Bildung täte es gut, wenn die wechselseitigen Vorwürfe und das wechselseitige Kaputtreden der Argumente beendet würden. Ich erlebe seit Jahren – egal, welcher Vorschlag kommt –, dass immer jemand sagt: „Mit uns ist das nicht machbar.“ Ich habe den Erlass der Prüfungsgebühren bei Kammerprüfungen ins Gespräch gebracht. Dazu bekomme ich jetzt unentwegt Briefe, das sei völlig unmöglich. Natürlich weiß ich, dass das nicht mehr als ein Symbol ist, weil man auch sagen kann, dass es auf die 500 Euro auch nicht ankommt. Ich finde, in einer solchen Diskussion, in der es um mehr Zukunftschancen geht, darf es kein Tabu geben.

Zum Thema Ausbildungsvergütung: Das in der vergangenen Legislaturperiode modernisierte Berufsbildungsgesetz enthält unter anderem den Passus, dass bei nicht tarifgebundenen Vergütungen Abweichungen von bis zu 20 Prozent möglich sind. Wenn man das für falsch gehalten hätte, hätte man es bei der Modernisierung ändern können.

Es geht erstens um strukturelle Veränderungen und zweitens um die Bereitschaft der Wirtschaft, mehr in Ausbildung zu investieren. Bekanntlich lautet ein Satz des Berufsbildungsgesetzes seit 1969: Berufliche Bildung ist Sache der Wirtschaft. Drittens besteht die Notwendigkeit, Symbole zu setzen und die Spielräume zu nutzen, die uns das Gesetz gibt, und nicht so zu tun, als sei die Nutzung gesetzlicher Möglichkeiten unsittlich.

Die Zahlen eines jeden Jahres verändern sich von Woche zu Woche. Es gibt einen Unterschied zwischen den Zahlen der Bundesagentur für Arbeit und der Zahl der Ausbildungsverträge, die tatsächlich zustande kommen. Ich rate uns, unser Augenmerk in den nächsten Wochen und Monaten ganz stark auf dieses Thema zu lenken.

Wir reden über ein Zukunftsthema. Die Bundesregierung wird in dieser Legislaturperiode eine Maßnahme nach der anderen zur Modernisierung des Systems vorlegen und mit Ihnen debattieren. Alle gesellschaftlichen Kräfte sind aufgerufen, dieses Thema zu besetzen und jedem Jugendlichen eine qualifizierte Ausbildung zu ermöglichen.

Vielen Dank.